



www.jsvp-säntis.ch

Parteiprogramm

Junge SVP Säntis

Inhalt

Vorwort	4
Kurz und bündig	5
Demokratie, Föderalismus und Freiheit	6
Familie und Bildung	8
Wirtschaft und Finanzen	11
Landwirtschaft	13
Soziales	14
Sicherheit	16
Gesundheit	18
Gesellschaft und Kultur	19
Aussenpolitik	20
Ausländer- und Asylpolitik	22
Umwelt, Energie und Verkehr	24

Zukunft kann man denken.

Oder



machen.



Mut zu Neuem – und zur Tradition

Liebe Leserinnen und Leser aus dem Appenzellerland,

Die Schweiz ist seit jeher ein Erfolgsrezept. Wir als Volk haben grossartige Mitbestimmungsrechte, die es uns ermöglichen, die Politik selbst zu gestalten. Denn wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind oberster Chef unserer Verfassung.

Wir Jungen haben die längste Zukunft vor uns. Gerade deshalb sind wir in der Pflicht, mutig voranzuschreiten und unser Land aktiv mitzugestalten. Die Junge SVP Säntis steht ein für bürgerliche und pragmatische Erneuerung in den grossen Herausforderungen unserer Zeit: egal ob Migration, Umwelt oder auf dem Arbeitsmarkt.

Zugleich verteidigen wir bewährte Traditionen unseres Landes vor Feinden unserer Demokratie, Überfremdung und linker Zensurpolitik. Denn nur so schaffen wir eine nachhaltige Grundlage für eine lebenswerte Zukunft: mit Mut zu Neuem und Mut zur Tradition.

Fabienne Mazenauer
Parteipräsidentin

Unsere Positionen in Kürze

Die Welt ist im Wandel und unsere Zukunft gestaltbar. Die vier Buchstaben "JSVP" sind mehr als ein blosses Bekenntnis zu Heimatliebe und Verbundenheit mit unseren Werten, sie sind Garant für eine sichere, freie und unabhängige Schweiz.

Seit Jahrhunderten geht die Eidgenossenschaft ihren eigenen und unabhängigen Weg. Wir setzen uns für ein Land ein, das die direkte und föderalistische Demokratie als oberstes Gut anerkennt und schützt; für ein Land, in dem jeder das werden kann, was er will und wofür er selbst gearbeitet hat; für ein Land, in dem Bildung als zentraler und unabdingbarer Rohstoff gilt; für ein Land mit starker als auch autarker Land- und freier Marktwirtschaft; für ein Land, in dem jene unterstützt werden, die es verdienen und Schmarotzern unserer Sozialsysteme der Kampf angesagt wird; für ein Land, in dem sich jeder Bürger sicher vor Gewalt fühlt; für ein Land mit einem der besten Gesundheitssysteme der Welt; für ein Land, in dem wir eine neutrale und selbstbestimmte Aussen- und Asylpolitik führen; für ein Land, das mit der Umwelt im Gleichgewicht ist und seine Ressourcen nachhaltig nutzt; für ein Land, in dem wir zu unseren Werten und Traditionen stehen ohne Fortschritt und Innovation zu verweigern; für ein Land wie unseres.

Wir kämpfen für die Schweiz – denn ihre Zukunft gehört uns. Verteidigen wir sie!



Direkte Demokratie auf allen Stufen

Die Schweiz lebt eine ausgeprägte Demokratie auf allen Autonomiestufen. Das Volk hat als oberstes Organ die abschließende Entscheidungskompetenz und kann aufgrund regelmäßiger Abstimmungen und Wahlen sowie der Referendums- und Initiativmöglichkeit in das politische Geschehen eingreifen. Willkür durch die Regierung und andere Instanzen können damit weitgehend verhindert werden. Um diese willkürlichen Entscheidungen auf der Stufe der Landesregierung verhindern zu können, fordern wir ein aktives Referendumsrecht gegen Bundesratsbeschlüsse sowie die Möglichkeit der Absetzung eines Bundesrates durch das Volk. Da die Schweiz auf Bundesebene nur eine halbdirekte Demokratie kennt, das Volk mit Referendumsmöglichkeit also nur über Gesetzesänderungen abstimmen kann, werden viele Begehren in Form von Volksinitiativen in die Bundesverfassung geschrieben. Die Verfassung wird somit immer mehr zum Sammelwerk von Artikeln, die eigentlich gesetzlich verankert werden müssten. Wir fordern deshalb den Ausbau der Volksrechte, indem der Souverän die Möglichkeit hat, Gesetze zu erlassen bzw. abzuschaffen.

Freiheit als oberstes Gut

Die in der Schweiz herrschende Selbstbestimmung und Freiheit sind im Vergleich zu vielen anderen Ländern – auch europäischen – einzigartig und unbedingt zu schützen. Dazu gehört eine freie und unabhängige Meinungsbildung sowie auch die dazugehörige Meinungsäusserungsfreiheit. Zensurinstrumente haben in einem freiheitlichen Land wie der Schweiz keine Berechtigung und müssen abgeschafft werden. Weiter fordern wir mehr Eigenverantwortung durch den Bürger, indem die staatliche Gesetzes- und Bevormundungsflut eingedämmt wird.

Starker Föderalismus

Ein starker Föderalismus ist die Grundlage einer echten Demokratie und ermöglicht die Integration von Minderheiten. Gerade in einem Land, das von einer grossen Vielfalt geprägt ist, stellt der Föderalismus ein zentrales Element zur Sicherung der Stabilität dar. Der Bund nimmt jedoch zunehmend subsidiäre Kompetenzen wahr und baut seinen eigenen Einfluss stetig aus, was den Föderalismus aushöhlt. Wir fordern eine Rückbesinnung auf einen ausgeprägten und tiefgreifen Föderalismus. Bürgernahe Politik kann nur garantiert werden, wenn der Föderalismus auf allen Stufen abgebildet ist. Die Gemeinde ist zwar die tiefste Autonomieebene, allerdings auch die bürgernaheste. Die Wichtigkeit einer eigenständigen Gemeinde wird allzu oft unterschätzt. Wir wehren uns deshalb gegen die vorangetriebene Zentralisierung oder gross angelegte Fusionen von Gemeinden und Verwaltung.



Familie als Grundlage unsere Gesellschaft

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und entsprechend zu unterstützen und zu fördern. Insbesondere der Wunsch nach Kindern soll nicht an der finanziellen Situation einer Familie scheitern, denn Kinder sind unsere Zukunft. Familien sind deshalb steuerlich zu entlasten.

Erhalt der traditionellen Familie

Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung der traditionellen Familie sowie die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Wir fordern, dass Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, den gleichen Steuerabzug geltend machen können wie dies bei fremdbetreuten Kindern möglich ist. Fremdbetreuungen sind zudem privat zu finanzieren und von privaten Dienstleistern anzubieten. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Krippen oder Tagesstätten zu errichten.

Verantwortung liegt bei den Eltern

Die Eltern sind alleine für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Sie sind zudem verpflichtet, ihre Kinder zu schützen und zu fördern. Werden Kinder wegen massiver Vernachlässigung durch die Eltern straffällig, sind die Eltern zur Verantwortung zu ziehen. Werden Kinder wegen mangelnder Erziehung durch die Eltern vernachlässigt oder ist das Kindeswohl gefährdet, sind die Eltern zur Verantwortung zu ziehen. Wir fordern im Allgemeinen eine konsequente Erziehung nach dem Konzept der Neuen Autorität.

Fähigkeitszeugnis legitimiert Adoption

Anders als bei den traditionellen Familien müssen die Eltern in Adoptionsfamilien ein Fähigkeitszeugnis ablegen. Dadurch wird von den Behörden sorgfältig überprüft, ob die Voraussetzungen für eine gute Erziehung des Adoptivkindes erfüllt werden. Wir unterstützen die Adoption durch Adoptiveltern, welche diese Voraussetzungen erfüllen, unabhängig von der sexuellen Orientierung.

Bildung als unbezahlbarer Grundstein

Die Bildung ist eines der wichtigsten Güter in unserer Gesellschaft und bildet für die Jugend einen unbezahlbaren Grundstein. Die Kosten des Bildungswesens sind in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegen und sind kritisch zu überprüfen. Wir fordern eine effizientere Verwendung der eingesetzten Mittel.

Klassenlehrer entlasten – allen Kindern die Flügel heben

Toleranz hört dort auf, wo andere darunter leiden: Die starke Tendenz der Integration verhaltensauffälliger Schüler in die Regelklassen verunmöglicht den Lehrpersonen die Individualisierung und Differenzierung im Unterricht. Wir fordern daher weniger integrative Förderung und dafür mehr separative Kleinklassen zur Entlastung der Lehrpersonen und Förderung des Potenzials aller Schüler. Zusätzlich soll die Aufgabe der Klassenlehrperson durch eine zusätzlich entlohnte Lektion für alle Klassenlehrkräfte gestärkt werden. Ziel unseres Bildungssystems muss sein, allen Kindern – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die Flügel zu heben.

Schulen und Unterricht

Kinder erlernen in der Schule den Umgang mit anderen Menschen und werden sozialisiert. Der Wille zur Anpassung an die Sitten und Kultur sowie auch genügende Kenntnisse der ortsüblichen Landessprache sind deshalb zwingend notwendig. Das Leben von Traditionen und Sitten wie das Singen von Weihnachtsliedern usw. gehören zur Kultur der Schweiz. Sie sind durch den Unterricht zu fördern und sollen keinen fremdkulturellen oder religiösen Dispensationen unterliegen. Wir fordern zudem einen neutralen Staatskundeunterricht als Teil des NMG-Unterrichts bereits im zweiten Zyklus. Die Schule und deren Lehrpläne sind in der Verantwortung der Kantone und sollen allen Kindern unabhängig von Herkunft und Elternhaus die gleichen Bildungschancen ermöglichen. Lehrkräfte sind als Respektpersonen zu akzeptieren und von den Eltern zu unterstützen. Das Lehrpersonal ist nicht für die Erziehung der Kinder verantwortlich.

Lehrstellen

Es liegt in der Verantwortung der Wirtschaft, Lehrstellen zu schaffen. Der Staat hat die Unternehmen dabei zu unterstützen und die Schaffung neuer Lehrstellen zu fördern. Die Lehrstellensuche ist in der Volksschule frühzeitig anzugehen. Die Attraktivität von Lehrstellen im dualen Bildungssystem darf nicht unter der zunehmenden Akademisierung leiden.

Schuldenwirtschaft stoppen

Der Sparkurs zum Abbau der Schulden ist konsequent weiterzuführen, wobei die Staatsschulden nicht nur relativ zum BIP, sondern nominell sinken sollen. Es liegt in der Verantwortung der heutigen Generation, die Altlasten für die kommenden Generationen zu beseitigen. Insbesondere in globalen (Finanz-)Krisen und deren Rezessionsfolgen sind Anschubfinanzierungen, Niedrigzinskredite oder "à-fonds-perdu"-Beiträge wohl überlegt, restriktiv und sinnvoll einzusetzen.

Tiefe Steuern

Die Steuer- und Abgabenvielfalt ist in den letzten Jahren unaufhaltsam gewachsen und führte zu einem deutlichen Anstieg der Staatsquote. Unter dem Deckmantel einer kurzfristigen Erhöhung wurde die Mehrwertsteuer bereits mehrmals langfristig angehoben. Wir fordern deshalb die Senkung der Steuerbelastung und anderen Abgaben sowie einen tieferen und einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Steuererhöhungen sind zwingend dem Volk vorzulegen. Ein massvoller Steuerwettbewerb ist ein weiterer Hebel, um Steuersenkungen zu ermöglichen.

Unabhängige Währung

Eine eigenständige Währungspolitik ist die Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft. Der Schweizer Franken ist daher unbedingt beizubehalten und sein Wert mit einem sicheren Bestand an Goldreserven abzudecken.

Freie und soziale Marktwirtschaft

Immer mehr Auflagen, Steuern und Gebühren belasten unsere Unternehmen und senken ihre Effizienz. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, welche in der Schweiz mehr als 99% der Betriebe ausmachen und zwei Drittel der Erwerbstätigen beschäftigen, leiden unter der Gesetzes- und Abgabenflut. Wir fordern deshalb, Gesetze, Auflagen, Steuern und andere Gebühren auf dem notwendigen Minimum zu halten und Auswüchse zu stoppen. Angebotsorientierte Konzepte zum Staatsabbau und Senkung der Steuerlast zur parallelen Entwicklung des Produktionspotenzials sind im Sinne einer freien und sozialen Marktwirtschaft zu unterstützen.

Grundversorgung durch Unabhängigkeit

Der Preisdruck auf Schweizer Nahrungsmittelproduzenten ist mit der Globalisierung extrem angestiegen und hat ein Absterben des Schweizerischen Bauernstandes zur Folge. Schweizer Landwirte sind deshalb gezielt mit Subventionsbeiträgen zu unterstützen, um nachhaltige Produktion von gesunden Nahrungsmitteln zu fördern. Zudem sollen heimische Produkte durch Belohnungssysteme für Konsumenten attraktiver werden. Wir lehnen daher für die Landwirtschaft schädliche Agrarf Freihandelsabkommen ab. Ein Volk ohne Nahrung kann nicht überleben, es ist deshalb von grösster Bedeutung, die Ernährungspolitik auf der Basis einer sicheren und unabhängigen Grundversorgung zu gestalten. Gerade die jüngsten Krisen haben aufgezeigt, dass Nationen auch künftig gut daran tun, einen hohen Grad an unabhängiger Selbstversorgung im Nahrungsmittelbereich jederzeit gewährleisten zu können.

Landschaftspflege

Die Landwirtschaft trägt mit der Bewirtschaftung des Bodens den grössten Teil zur Landschaftspflege, zur Erhaltung der Biodiversität und somit zur touristischen Attraktivität bei. Dieser Dienst zu Gunsten der Allgemeinheit ist weiterhin mit Direktzahlungen zu entschädigen.



Dringende Sanierung

Die Schweiz verfügt über grosszügige Sozialwerke mit guten Leistungen. Leider haben die demografische Entwicklung, die markante Zunahme an Missbräuchen sowie die starke Zuwanderung zu einer Aushöhlung des Sozialstaates geführt. Unsere Sozialwerke stehen vor einem kaum überwindbaren Schuldenberg, der ununterbrochen anwächst. Wir fordern darum rasche strukturelle Anpassungen, um den kommenden Generationen gesunde Sozialwerke zu hinterlassen. Ein weiterer Ausbau des Sozialstaates ist nicht finanzierbar und deshalb abzulehnen. Um die Altersvorsorge auf stabile Beine zu stellen, ist ein nachhaltiger Generationenvertrag notwendig, ohne die jüngere und die ältere Generation gegeneinander auszuspielen.

Rentenalter der demografischen Entwicklung anpassen

Eine wachsende Lebenserwartung und geburtenschwache Jahrgänge führen dazu, dass die Schweizer Bevölkerung immer älter wird. Folglich nimmt die Anzahl der Rentenbezüger im Verhältnis zur Anzahl der Beitragsleistenden immer mehr zu. Nebst der automatischen Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung muss in erster Linie der Umwandlungssatz entpolitisiert und durch eine Formel festgelegt werden.



Missbräuche stoppen

Die Invalidenversicherung ist hochverschuldet und muss dringendst saniert werden. Zunehmende Missbräuche und kaum überprüfbare Krankheitsbilder belasten diese Versicherung immer mehr. Wir verlangen darum eine aktivere Bekämpfung und eine härtere Bestrafung von Missbräuchen. Die Überprüfung fragwürdiger Bezüger durch Sozialdetektive soll dazu als Instrument verstärkt werden. Weiter fordern wir den Stopp von IV-Zahlungen ins Ausland. Es sollen zudem Anreize zur Beschäftigung von Invaliden geschaffen werden.

Eine glaubwürdige Armee

Wir sehen den Kernauftrag der Armee in der Raumsicherung und Verteidigung der Schweiz. Die Ausbildung sowie die Infrastruktur haben sich entsprechend am Kernauftrag zu orientieren. Daneben soll die Armee ihre Dienste auch für subsidiäre Einsätze zur Verfügung stellen. Auslandeinsätze widersprechen einem neutralen Staat und werden deshalb von uns abgelehnt. Wir lehnen zudem schweizerische Beteiligungen an proaktiven Militärbündnissen (vgl. Partnership for Peace) ab und fordern eine klare Distanzierung von der NATO. Wir setzen uns für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht und das Milizsystem ein, weil damit die Akzeptanz der Armee gefördert und das Volk vor Willkür geschützt werden kann.

Die Schweiz ist ein moderner und wohlhabender Staat und soll deshalb seiner Armee eine moderne und möglichst automatisierte Abwehr-Infrastruktur zur Verfügung stellen, welche mit einem geringen Personalaufwand betrieben werden kann. Wir fordern mehr Effizienz bei der Verwendung der Ressourcen sowie zusätzlich eine Forcierung in digitalen Bereichen wie bspw. Cyberabwehr. In der Schweiz wohnhafte Ausländer profitieren genauso wie Schweizer Staatsangehörige von den Dienstleistungen der Armee und sollen dementsprechend eine Abgabe leisten. Die Gewissensprüfung für Militärdienstverweigerer soll zudem Pflicht sein.

**Polizei,
Bevölkerungsschutz
und Blaulichtorgani-
sationen**

Der Zivilschutz sowie die zivilen Blaulichtorganisationen sollen vermehrt zusammenarbeiten und Aufträge gemeinsam bewältigen.

Aufgrund der zunehmenden Gewalt kommt die Polizei oft an ihre Kapazitätsgrenzen. Dort, wo es nötig ist, sollen daher die Personalbestände erhöht werden. Wir fordern klare Strafen für Gewalt gegen Beamte.

Konsequente Justiz

Im Kampf gegen die Kriminalität brauchen die vollziehenden Behörden, insbesondere die Polizeibeamten, mehr Rückendeckung. Eine sichere Schweiz kann nur mit einer unabhängigen und konsequenten Justiz erreicht werden. Wir fordern kein falsches Mitleid, sondern angemessene Ausschöpfung des Strafmasses bei nachhaltigen Resozialisierungsmassnahmen: Opferschutz darf niemals zum Täterschutz werden. Im Bereich des Datenschutzes ist die Privatsphäre des einzelnen Individuums zu achten und gesetzlich zu schützen. Datenschutz darf aber nicht zum Täterschutz werden

Senkung der Gesundheitskosten

Durch stetig steigende Gesundheitskosten wird auch die Belastung durch die jährlichen Krankenkassenprämien immer grösser. Diese Entwicklung ist zu stoppen. Wir unterstützen das Referenzpreissystem sowie die Idee des Bundesrates zur Korrektur von Anreizen, welche eine Mengenausweitung begünstigen. Um die Zahl der Überoperationen und somit ein erheblicher Teil der Gesundheitskosten zu senken, braucht es jedoch keine überbordenden Regulationen. Stattdessen soll das Volk über die Tatsache aufgeklärt werden, dass allen Patienten die Möglichkeit einer von der Grundversicherung gedeckten Zweitmeinung offensteht, womit Überoperationen im Voraus vermieden werden können. Ausweitungen der Bundeskompetenzen zur Lösung der Problematik lehnen wir ab. Wir begrüßen zudem Ansätze zu strukturellen Reformen, wie z.B. der Reform der Tarifstruktur.

Wahrung traditioneller Brauchtümer

Die Schweiz und das Appenzellerland zeichnen sich durch eine Vielfalt traditioneller Brauchtümer aus. Diese sollen auch künftig gewahrt und betrieben werden können. Forderungen, wonach gewisse Traditionen oder Sprachgebräuche aufgrund von "Wokeness" oder "kultureller Aneignung" aufzugeben sind, lehnen wir konsequent ab. Wir fordern zudem, dass alle Studiengänge mit der Fachrichtung "gender studies" o.ä. sofort eingestellt werden und sich die Studierenden wieder sinnvollen Ausbildungen zuwenden können.

Gleichberechtigung durch Toleranz, statt Genderwahn

Wir stehen vollumfänglich hinter der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Unerklärbare Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern sind zu bekämpfen. Gleichzeitig lehnen wir jedmögliche Forderung nach Quoten in Berufen und Gremien ab, da sie die Qualität anderer Bewerber untergraben. Ebenso gilt festzuhalten, dass die Gesellschaft nach unserer Vorstellung nebst den beiden Geschlechtern Frau und Mann keine weiteren anerkennt. Personen, welche sich anders identifizieren, werden von uns akzeptiert und sind dazu angehalten, nicht die Mehrheit der Gesellschaft mit intoleranten Forderungen zu untergraben. Ebenso lehnen wir für den Leser unmögliche Schreibweisen wie den Gender-Gap ab.

Unabhängigkeit der Schweiz sichern

Die in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität müssen von Bundesrat, Parlament und Bundesverwaltung gelebt werden. Die Gerichte und Rechtsprofessoren überprüfen laufend die Verhaltensgrundlagen unserer politischen Organe. Mit dem Neutralitätsbericht von 1993 hat sich unser Bundesrat selbst eine Grundlage gegeben, welche den Gedanken der Schweizer Neutralität massiv aufweicht: Während dem Bundesrat vorher Parteiergreifung jeglicher Art untersagt war, hängt die Neutralitätspolitik nun "von der Analyse des aktuellen internationalen Umfelds" (EDA, Neutralität) ab. Mit Hilfe dieses neuen Neutralitätsmassstabes hat sich der Bundesrat einen fast grenzenlosen aussenpolitischen Spielraum eingeheimst, worunter das Neutralitätsbild der Schweiz leiden muss. Wir fordern eine Rückbesinnung auf ein wahres Neutralitätskonzept und setzen uns für das Wiedererlangen einer unabhängigen, neutralen und selbstbestimmten Schweiz ein.



Bilateraler Weg statt EU-Beitritt

Das Schweizer Volk hat sich mehrmals für den bilateralen Weg und gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen. Der bilaterale Weg ist ein gutes Mittel um mit der EU zu verhandeln, ohne dabei unsere Grundwerte aufgeben zu müssen. Bilateralismus ist zudem eine bewährte Schweizer Tradition und muss weitergeführt werden. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Wir lehnen dementsprechend die automatische Übernahme von fremden Gesetzen und Gerichtsurteilen ab. Wir fordern, dass Staatsverträge zwingend dem Volk unterbreitet werden müssen. Zudem fordern wir Verträge, welche auf die Einzigartigkeiten der Schweiz Rücksicht nehmen. Das heisst z.B., dass Volksentscheide konsequent umgesetzt werden oder individuelle Grenzschutzmassnahmen ohne Abstriche möglich sind.



Integration

Eine erfolgreiche Integration ist die Voraussetzung für ein friedliches und verständnisvolles Zusammenleben mit Ausländern. Die Schweiz hat einen Ausländeranteil von über 25%, entsprechend nimmt die Integration einen enorm wichtigen Stellenwert ein. Wir sind der Meinung, dass nur integrierte Ausländer langfristigen Aufenthalt geniessen dürfen. Ausländer müssen sich aber auf eigene Kosten und aus eigener Motivation integrieren und dabei die vom Schweizer Volk bestimmten Mindestanforderungen erfüllen. Die Schweiz fördert die Integration williger Ausländer bereits mit Integrationsprogrammen. Unter Integration verstehen wir die Anpassung an die Sitten und Kultur sowie die Gesetzgebung unseres Landes. Ebenfalls gehört das Erlernen der ortsüblichen Landessprache sowie die soziale Integration genauso dazu. Sollte dies nicht der Fall sein, fordern wir, dass sie entsprechende Integrationskurse auf eigene Kosten besuchen.

Konsequente Asylpolitik

Das Recht auf Asyl soll nur für Kriegsflüchtlinge bestehen. Wirtschaftsflüchtlingen ist in keinem Fall, politisch verfolgten Personen nur in schwerwiegenden Fällen Asyl zu gewähren. Illegale Migranten, welche keinen Rappen in unsere Sozialsysteme einzahlen, haben keinerlei Anrecht auf vollumfängliche Sozialleistungen seitens der Schweiz. Abgewiesene Asylbewerber sind unverzüglich zurückzuschaffen. Die Asylverfahren sind zügig und effizient durchzuführen und die Beschwerdeinstanzen zu reduzieren.

Einbürgerungen – Qualität statt Quantität

Die Anzahl der Einbürgerungen hat in den letzten Jahren ein ungesundes Mass angenommen. Die Staatsbürgerschaft wird viel zu oft an schlecht integrierte Ausländer übertragen. Wir fordern darum härtere Bedingungen für Einbürgerungen. Migranten, welche die Schweizer Staatsbürgerschaft erlangen wollen, müssen vollständig integriert sein. Das Volk soll die Möglichkeit haben, entweder selbst über Einbürgerungen zu befinden oder eine Instanz damit zu beauftragen. Ausserdem soll die Bevölkerung die Möglichkeit haben, Einspruch zu erheben. Einbürgerungsentscheide sind weder anfechtbar noch müssen sie begründet werden. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht selbst bei Erfüllung der Bedingungen nicht. Ausserdem soll die eingebürgerte Person jede andere Staatsbürgerschaft aufgeben müssen.

Ausschaffung krimi- neller Ausländer

Wird ein Ausländer in schwerer Hinsicht straffällig, ist dieser umgehend des Landes zu verweisen. Eine erneute Einreise oder Familiennachzug soll keinesfalls gewährt werden.

Nachhaltige und unabhängige Energieversorgung

Eine langfristige und nachhaltige Versorgungssicherung ist von elementarer Bedeutung. Wir setzen uns darum für eine unabhängige Stromversorgung der Schweiz ein. Wir fordern den Stopp der in der Schweiz ineffizienten Windkraftparkprojekte mit deren unverhältnismässigen und teuren Einspeisevergütungen. Die anderen verfügbaren, alternativen Energien wie Wasserkraft und Solarstrom sind hingegen intensiver zu nutzen und wirtschaftlich sinnvoll zu fördern. Deren Erzeugungsspeaks sind besser zu nutzen und durch Speichertechnologien nach Power-to-X abzuschöpfen, damit die Schweiz ihre Stromversorgung zu 100% nachhaltig und autark generieren kann.

Rohstoffe und Recycling

Rohstoffe sind begrenzt verfügbar und werden trotzdem schonungslos ausgebeutet. In der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen sind die vorhandenen Rohstoffe sorgsam zu nutzen und wo möglich wiederzuverwerten.



Nachhaltiger Umweltschutz

Wissenschaftliche Erkenntnisse in den letzten Jahren haben zu einem besseren Verständnis der globalen und lokalen Ökosystemen geführt, von welchen das Leben aller Lebewesen letztlich abhängt. Diese Erkenntnisse sollen der Bevölkerung durch eine sachliche und unabhängige Aufklärungspolitik vermittelt werden. Umweltschädliches Verhalten muss einen Preis bekommen, klimafreundliches Verhalten soll belohnt werden. Ziel dabei muss sein, die externen Kosten zu internalisieren. Mehreinnahmen durch Lenkungsabgaben, CO₂-Bepreisung etc. sind zweckgebunden rückzuvergüten. Das heisst, wer umweltschädlich produziert, handelt oder konsumiert, muss künftig mehr Geld aufbringen – was die Nachfrage senkt und Mehreinnahmen generiert. Diese Mehreinnahmen werden den nachhaltig Konsumierenden und Produzierenden durch Preiserleichterungen rückvergütet. Das schafft für alle Akteure Anreize für umweltfreundliches Agieren.

Sorgsame Raumplanung

Bevölkerungswachstum und Zuwanderung führen zur zunehmenden Überbauung unseres Kulturlandes. Insbesondere in den grossen Agglomerationen soll daher vermehrt in die Höhe gebaut werden, um unsere Landschaft zu schützen und die bauliche Entwicklung nach innen zu verdichten. Die Beschränkung der Überfremdung des einheimischen Bodens soll weiterhin durch die sog. Lex Koller geschützt werden.



Öffentlicher und individueller Verkehr

Die Bewältigung der rasant wachsenden Verkehrsbelastung in der Schweiz stellt eine grosse Herausforderung dar. Die Kapazitäten im öffentlichen Verkehr müssen stetig der Auslastung angepasst werden. Auch der Individualverkehr stösst besonders in Zentrumsregionen an seine Grenzen. Nicht immer ist es möglich, die Kapazität durch bauliche Massnahmen zu vergrössern. Es ist an der Zeit, moderne Ansätze für den öffentlichen Verkehr aufzugreifen: Car-Sharing-Modelle und selbstfahrenden Fahrzeuge sind eine Möglichkeit, den Individualverkehr in den Zentrumsregionen zu verkleinern, ohne dass dieser gänzlich verboten wird. Ebenfalls ist die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene, wo wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, voranzutreiben. Ein bedeutender Teil unserer teuren Verkehrsinfrastruktur wird von ausländischen Fahrzeugen genutzt. Wir fordern darum höhere Strassengebühren für ausländische Fahrzeuge. Gleichzeitig sollen Flugreisen von Kurzstrecken durch Lenkungsabgaben deutlich unattraktiver gestaltet werden, wobei die dadurch entstehenden Einnahmen dem nationalen und internationalen Fernverkehr zugute kommen.



Überzeugt?

Unterstützen Sie uns als

- Aktivmitglied**
Alter: 14 – 35
Jahresbeitrag: 40.-
- Gönner**
Alter: keine Einschränkung
Jahresbeitrag: 50.-
- mit einer Spende**
Einzahlungsschein zusenden

Vorname _____

Nachname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

E-Mail _____

Handy _____

Geburtsdatum _____



Herausgeber

**Junge Schweizerische
Volkspartei Sântis**
CH-9100 Herisau

Version Januar 2025

Einsenden an

Junge SVP Sântis
Nollisweid 54
CH-9050 Appenzell

oder per Mail an

sekretariat@jsvp-saentis.ch

